

Einleitung zum Bericht der Nationalen Wahrheits- und Versöhnungskommission Chiles

Vorgestellt am 9. Februar 1991

Als der Präsident der Republik das oberste Amt der Nation antrat, erklärte er, dass es sein innigstes Verlangen sei, die Versöhnung aller Chilenen zu erreichen. Auf diese Weise machte er sich den brennenden Wunsch des weitaus größten Teils der Bevölkerung zu Eigen. Niemand kann abstreiten, dass eine Versöhnung notwendig ist nach den zurückliegenden Ereignissen; sie zu ignorieren scheint unmöglich: die tiefe Spaltung des chilenischen Volkes und die Menschenrechtsverletzungen, die viele Personen betrafen und die unser traditionelles rechtsstaatliches Verständnis veränderten.

Der Präsident der Republik war zu Recht der Überzeugung, dass die vollständige Kenntnis der Menschenrechtsverletzungen notwendig sei, um die so sehr herbeigesehnte Versöhnung zu erreichen. Es war richtig, diese Überlegungen in das Dekret münden zu lassen, mit dem unsere Kommission gegründet wurde und das festhielt, dass »es ausschließlich auf der Grundlage der Wahrheit möglich sei, den Grundforderungen der Justiz gerecht zu werden und die unerlässlichen Voraussetzungen für eine tatsächliche nationale Versöhnung zu schaffen«. Es ist auch richtig, wie in demselben Dekret ausgeführt wird, dass allein die Wahrheit die Würde der Opfer in der Öffentlichkeit wiederherstellen, den Familienangehörigen und Hinterbliebenen ein ehrenhaftes Gedächtnis verschaffen und auf eine gewissen Weise den verursachten Schaden wiedergutmachen kann.

Es war die Entscheidung des Staatsoberhauptes, uns mit der Mission zu betrauen, die für jeden von uns eine der bedeutsamsten im Leben sein wird: Die Ausarbeitung eines Berichtes über die vollständige Wahrheit der Verbrechen. Das Land soll durch diesen Bericht in die Lage versetzt werden, sich ein rationales und fundiertes Bild über das Geschehen zu machen. Gleichzeitig soll das auf diese Weise zur Verfügung gestellte Wissen den staatlichen Behörden dabei helfen, die richtigen Entscheidungen hinsichtlich dieses Problems zu treffen.

Am 9. Mai des vergangenen Jahres konstituierte sich die Kommission. Es wurde festgelegt, dass sie ihre Arbeit bis zum 9. Februar dieses Jahres abschließen sollte. Wir haben unsere Arbeit innerhalb des vorgegebenen Zeitraums beendet.

Wir nehmen den noblen Auftrag an, mit dem man uns geehrt hat. Wir wussten über die damit verbundenen Schwierigkeiten Bescheid, zu denen sich noch unsere eigenen Einschränkungen gesellten. Wir haben uns der Aufgabe trotzdem ohne Zögern gestellt. Wir sind eine Gruppe, deren Mitglieder verschiedene Grundüberzeugungen vertreten. Wir verstehen uns als Vertreter verschiedener Traditionen, wir hängen unterschiedlichen politischen Positionen an und wir beurteilen unsere Geschichte auf unterschiedliche Weise. Doch wir glauben fest an eine gemeinsame Identität unseres Vaterlandes und wir denken, dass diese durch einen Staat geschützt werden muss, der den demokratischen Normen über alle Regierungswechsel hinweg treu bleibt. Wir haben den Auftrag angenommen, weil uns alle ein Prinzip eint: der Respekt vor jedem Menschen, einfach weil er Mensch ist und weil er über

unverletzliche Rechte verfügt, die weder durch bestimmte Umstände, noch aufgrund seiner Nationalität, seines Glaubens, seiner Rasse oder seiner Ideologie aufgehoben werden können. Rechte liegen dann vor, wenn keine Macht sie für nichtig erklären kann – möge sie auch noch so weitreichend sein. Uns eint die Überzeugung, dass das Menschsein und die Menschenwürde dem Handeln des Menschen Grenzen setzt. Uns eint schließlich auch der Wunsch, aus unserem Vaterland einen Staat zu machen, der sich als würdig erweist, die Kinder unserer Spezies zu beherbergen, die stets als die Krone der Schöpfung bezeichnet worden ist.

Jeder Mensch verfügt über eine Vielzahl von Rechten. Alle sind von den Werten abhängig, die eine Kultur anerkennt, unter denen dem Leben, der Freiheit und der Gerechtigkeit der höchste Rang zukommt. Unsere Arbeit musste sich darauf konzentrieren, wie der fundamentalste Wert verletzt worden ist: das Leben.

Auf diese Weise erfüllten wir in erster Linie eine moralische Aufgabe, die den Opfern, ihren Familienangehörigen und Hinterbliebenen gilt. Wir hatten aber auch den Eindruck, dass ein Zusammenleben nicht möglich ist, wenn diese schmerzvollen Ereignisse weiterhin beschwiegen würden. Wir gehen im Gegenteil davon aus, dass die ernsthafte und unparteiische Zusammenarbeit mit dem chilenischen Staat bei der Feststellung der Wahrheit dazu dienen wird, dass die Gesellschaft diese Ereignisse anerkennt und auf diese Weise die Grundlage schafft, um künftige Verbrechen vorzubeugen. Auf diese Weise tragen die Schmerzen der Vergangenheit und das gemeinsame Bestreben, das nicht zu Rechtfertigende zu verurteilen, dazu bei, die Wiederholung des Geschehenen zu vermeiden und einen Konsens zu schaffen, der die erwünschte Versöhnung hervorbringt.

Die Kommission sollte ein möglichst vollständiges Bild der schlimmsten Menschenrechtsverletzungen zeichnen, die mit dem Tod oder mit dem Verschwinden von Personen endeten, ausgeführt von staatlichen Akteuren oder von Einzelpersonen mit politischen Zielen. Sie sollte Hinweise sammeln, um Identität, Schicksal und Verbleib der Opfer festzustellen, und sie sollte Maßnahmen zur Wiedergutmachung vorschlagen, die gerecht erscheinen, oder die dazu dienen können, neue Verbrechen vorzubeugen.

Diese ganze Arbeit musste innerhalb von neun ermüdenden Monaten abgeschlossen werden. Wir verfügten nicht über Weisungsbefugnis, um jemandes Erscheinen anzuordnen und wir mussten einen Berg an Information sichten und auswerten, um gemäß unserem strikten Kriterium das Geschehen in jedem einzelnen vorgetragenen Fall zu rekonstruieren und uns auf diese Weise ein umfassendes Bild des Phänomens zu machen.

Wir haben jede Person angehört, die ihren Fall vortragen wollte, und wir haben das Land vom Norden bis zum Süden durchquert. Einige von uns reisten ins Ausland und wurden von den chilenischen Auslandsvertretungen unterstützt, um jedem Familienangehörigen die Möglichkeit zu geben, uns seinen Informationen zukommen zu lassen. Wir fassten für unsere Arbeit den reinsten aller Vorsätze: den der Unparteilichkeit. Wir waren deshalb objektiv und wir meinen, diesen Vorsatz mit Ernsthaftigkeit und Verstand verfolgt zu haben. Keiner kann uns vorwerfen, unsere Autorität missbraucht zu haben, um Vorurteile oder Grabenkämpfe zu befeuern. In allen unseren Entscheidungen gab es einen Konsens, der uns ermutigte. Wir haben ohne Ausnahme die Unterstützung aller humanitären Organisationen erhalten,

die Material über die besagten Ereignisse gesammelt haben. Ihre Archive standen uns offen. Wir baten sowohl nationale als auch internationale Organisationen um weiterführende Informationen. Nahezu zweitausend Anfragen haben wir an öffentliche Behörden oder private Organisationen geschickt und die Antworten mit dem gebotenen Eifer ausgewertet. Wir sammelten Hunderte von Zeugnissen derjenigen, die freiwillig mit uns zusammenarbeiteten, und sichteten alle gesammelten Hinweise in jedem einzelnen Fall, bis wir uns ein umfassendes Bild der Ereignisse gemacht hatten. Die Unterstützung all dieser Personen und Organisationen war von unersetzbarem Wert. Die Überreichung dieses Berichts wollen wir dazu nutzen, ihnen zu danken.

Der Justizminister stellte uns zügig und mit Sorgfalt die für unsere Arbeit notwendigen Materialien zur Verfügung. Darüber hinaus konnten wir uns auf die uneigennützig, loyale und anonyme Unterstützung von sechzig Personen verlassen, die ihre üblichen Beschäftigungen aufgaben, um sich mit Enthusiasmus und Hingabe den Arbeiten der Kommission zu widmen.

Jetzt übergeben wir dem Präsidenten der Republik den Bericht. Wir sahen es als unsere Aufgabe an, Erläuterungen über die Ereignisse aufzunehmen, die unser Land am 11. September 1973 durchlebte. Auch wenn niemand die Verbrechen rechtfertigen kann, über die wir berichten, sollen diese Erläuterungen an die Umstände erinnern, in denen die Verbrechen zum Teil wurzelten.

Wir haben Todesfälle und Fälle von Verschwinden feststellen können. Während der ersten Tage nach dem 11. September 1973 gab es auf beiden Seiten Gefallene und Opfer von Zusammenstößen. Es folgten Hinrichtungen von mehreren hundert politischen Gefangenen. Viele davon wurden offiziell auf eine Art und Weise begründet, die die Kommission nicht überzeugend fand oder die sie nicht akzeptieren konnte. Die Leichen wurden häufig liegengelassen oder versteckt – so kamen die ersten Fälle des Verschwindenlassens zustande. Diese Ereignisse wurden nicht gerichtlich untersucht oder strafrechtlich aufgearbeitet.

Nach der Gründung der Dirección de Inteligencia Nacional (DINA) war es der Geheimdienst, der Opfer auswählte. In der Regel hielt man sie an geheimen Orten gefangen, wo sie von Spezialisten verhört und gefoltert wurden. Die Körper derjenigen, die unter diesen Umständen starben, verschwanden auf eine Art und Weise, die bisher in den meisten Fällen nicht rekonstruiert werden konnte. Die juristischen Mittel, mit denen sich die Betroffenen zu schützen suchten, erwiesen sich als unzureichend, da das Innenministerium die Verhaftungen abstritt. Die Richter führten keine Untersuchungen in den geheimen Gefängnissen und Folterzentren durch.

Im August 1977 wurde die DINA aufgelöst. Es kam seltener vor, dass Personen verschwanden, wenn auch an der Folter festgehalten wurde, die häufig mit dem Tod endete. Neben Zusammenstößen bei Versuchen, den Operationen des Unterdrückungsapparates mit Waffengewalt zu begegnen, gab es weitere Ereignisse, die die Kommission als Hinrichtungen wertet.

Zu Beginn der achtziger Jahre führten Kommandos, die sich aus staatlichen Agenten oder aus Personen zusammensetzten, die den Schutz des Staates genossen, Hinrichtungen durch.

Während dieses Zeitabschnitts organisierten oder reorganisierten sich linksextreme Gruppen, die sich für den bewaffneten Kampf entschieden. Personen, die subversive Aktionen durchführen sollten, kehrten ins

Land zurück. Ihre Methoden und Ziele waren sehr unterschiedlich. Unter politischem Vorwand führten sie Attentate gegen Amtsträger aus und ermordeten Polizisten, die über die Ordnung wachten. Sie planten terroristische Bombenattentate oder machten Anschläge, bei denen Vertreter des Staates und Zivilpersonen ums Leben kamen.

Vor dem Hintergrund der nationalen Proteste, die sich ab 1983 überall formierten, töteten bisher nicht identifizierte Agenten des Staates oder Zivilisten weitere Oppositionelle, von denen sich einige ebenfalls tödlicher Gewalt bedienten.

Die Folgen dieser Verbrechen veränderten die Leben der Verwandten von Opfern tiefgreifend – auch davon handelt dieser Bericht. Er zeigt den Schmerz, die Ausgrenzung und die Angst – Gefühle, denen diese Familien bis heute ausgesetzt sind. Der Staat Chile muss sich ihnen zuwenden und die Vergebung für eine Gesellschaft erbitten, die sie verletzt hat. Die Gesellschaft aber muss sich das Geschehene einprägen, um unbeschmutzt in die Zukunft schauen zu können. Was für die Kommission eine harte Arbeit war, nämlich die Aufklärung der Wahrheit, das ist für die nationale Versöhnung eine heikle aber notwendige Aufgabe. Wie zieht man Nutzen aus der Wahrheit, die wir in unserem Bericht versucht haben zu systematisieren? Wir sind der festen Überzeugung, dass wir als Chilenen aus dieser Wahrheit das zu Herzen nehmen müssen, was uns alle angeht: Wir müssen verstehen, dass die repressive und extremistische Gewalt nicht nur die Gewissen der unmittelbaren Täter belasten. Das Gegenteil würde heißen, die Bedeutung des Geschehenen einzugrenzen. Die Wahrheit ist, dass der Wunsch, eine Wiederholung zu vermeiden, eine andere geistige Einstellung erfordert.

Eine Einstellung, die in ziviler Andacht darüber nachdenkt, wie wir uns in Zukunft verhalten sollen. Aus diesem Nachdenken muss die Überzeugung erwachsen, dass die reine Demokratie und der Rechtsstaat die einzigen Bollwerke sind, die der Gewalt Einhalt gebieten, sie überflüssig machen und sie für immer ächten. Nur auf diese Weise wird das Land vor erneuter Gewaltanwendung sicher sein, die mit illegitimen Methoden das Zusammenleben versucht wiederherzustellen oder das Verbrechen zum natürlichen Instrument der Dissidenten macht. Meditation und Erziehung, die auf Verständigung zwischen Chilenen zielen, sind die dringenden Aufgaben, die uns die Auseinandersetzung mit der tragischen Epoche auferlegt.

Der Schaden, der vielen Chilenen zugefügt wurde, erlaubt ein gewisses Maß an Wiedergutmachung. Ein Kapitel dieses Berichts befasst sich mit diesem für die Menschheit so bedeutenden Thema.

Wir enden mit einem Dank an den Herrn Präsidenten der Republik, dass er uns berufen hat, an dieser Aufgabe mitzuwirken. Wir haben sie mit Aufopferung und Dank ausgeführt – beides schließt sich nicht wechselseitig aus.

Wir danken auch jenen, die sich uns anvertrauten und uns von ihren Ängsten, Sorgen und Hoffnungen berichteten – sei es bei einem Besuch unserer Zentrale, sei es aus der Ferne. Ihre Ernsthaftigkeit, ihre Selbstdisziplin im Schmerz und ihr Glaube daran, dass die ihren rehabilitiert werden können, hat uns tief berührt. Vielleicht hat uns diese Erfahrung zu besseren Menschen gemacht.

Hiermit übergeben wir den Bericht.

Zum vollständigen Bericht

Englisch > [<http://www.usip.org/publications/truth-commission-chile-90>]

Spanisch > [http://www.ddhh.gov.cl/ddhh_rettig.html]